



# HESSISCHER LANDTAG

30. 10. 2024

Plenum

## Antrag

### Fraktion der AfD

#### **EU-CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte und Verbrennerverbot abschaffen — Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz enttäuschen**

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass die Automobilindustrie der bedeutendste Industriezweig in Deutschland ist. Sie bildet eine tragende Säule der hessischen Wirtschaft, ist eng mit dem Mittelstand verflochten und trägt mit über 17 Milliarden Euro Umsatz und rund 51.000 Arbeitsplätzen erheblich zum Wohlstand und zur wirtschaftlichen Stabilität des Landes bei.
2. Der Landtag stellt fest, dass die deutsche Automobilindustrie in einer ernsten Krise steckt, die auch Hessen bedroht: sinkende Verkaufszahlen, stark gestiegene Energiekosten, Überregulierung, hohe Lohnnebenkosten sowie der politisch forcierte Wandel hin zur „Klimaneutralität“ belasten die Branche erheblich und führen zu Stellenstreichungen sowie Werksschließungen in Deutschland und zur Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland. Die Situation bei Zulieferern wie Continental und ZF sowie die Unsicherheit im VW-Werk Baunatal in Nordhessen verdeutlichen die dramatische Lage für die Automobilindustrie in Hessen.
3. Der Landtag stellt fest, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen einer autofeindlichen Politik, die das Autofahren immer teurer, unattraktiver und schwieriger macht und den negativen Folgen für den Automobilstandort Hessen gibt.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, die Rahmenbedingungen für den Industriestandort Deutschland zu verbessern, insbesondere durch Entlastungsmaßnahmen für die Automobilindustrie. Dazu gehört, sich für niedrigere Energiekosten einzusetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu sichern. Zusätzlich sind das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz aufzuheben sowie nicht wertschöpfende Berichtspflichten grundlegend zu reduzieren oder abzuschaffen. Diese Schritte sollen der Automobilbranche ermöglichen, sich stärker auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren und Arbeitsplätze langfristig zu sichern.
5. Der Landtag stellt fest, dass die ab 2025 verschärften CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte der EU die Krise in der Automobilindustrie weiter verschärfen. Die geforderten CO<sub>2</sub>-Reduktionen um 15 Prozent unter den seit 2021 geltenden Grenzwert von 95 g CO<sub>2</sub>/km setzen die Hersteller unter enormen Druck und zwingen sie bei Überschreitung zu Milliardenstrafen. Diese drohenden Strafzahlungen treiben die Produktionskosten weiter in die Höhe und führen häufig zu steigenden Preisen für Endverbraucher, was die Wettbewerbsfähigkeit der Branche weiter beeinträchtigt.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sämtliche CO<sub>2</sub>-Flottenziele und die damit verbundenen Strafzahlungen gegen die deutsche Automobilindustrie durch die EU ausgesetzt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass deutsche Schlüsselindustrien durch überzogene Regulierungen massiv belastet werden, wodurch die wirtschaftliche Aktivität und der damit verbundene Wohlstand im Land gefährdet werden könnten.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass in einem ersten Schritt alle Klimaauflagen der EU so lange ausgesetzt werden, bis international ein gleiches Wettbewerbsniveau (Level Playing Field) erreicht ist. Dies soll verhindern, dass die deutsche Automobilindustrie durch Wettbewerbsverzerrungen benachteiligt wird und wirtschaftliche Aktivität sowie der damit verbundene Wohlstand aus Hessen und Deutschland abwandern.

8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dass in einem zweiten Schritt ein Primat zukünftiger Landespolitik aufgestellt wird, wonach sogenannte „Klimaschutzmaßnahmen“ und CO<sub>2</sub>-Reduktionen vernachlässigbare Auswirkungen auf Wetter und Klima haben und somit als politische Ziele aus allen landespolitischen Zielsetzungen und Gesetzgebungen gestrichen werden müssen.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich in einem dritten Schritt dafür einzusetzen, dass auf Bundesebene und insbesondere auf europäischer Ebene alle sogenannten „Klimaschutzmaßnahmen“ abgeschafft werden, die sich beispielsweise hinter Begriffen wie
  - „Green Deal“,
  - „Fit for 55“,
  - „Energiewende“,
  - „Verkehrswende“,
  - dem Ziel der sogenannten „Klimaneutralität“ und der sogenannten „Nachhaltigkeit“ verstecken.

**Begründung:**

Die deutsche Automobilindustrie ist eine tragende Säule der deutschen und hessischen Wirtschaft. Hessen ist ein bedeutender Standort der Automobilindustrie, insbesondere in Regionen wie dem Rhein-Main-Gebiet und Nordhessen, wo zahlreiche Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Automobilproduktion abhängen.

Die Ministerpräsidentenkonferenz in Leipzig vom 23. bis 25. Oktober 2024 enttäuschte, weil kein Beschluss zustande kam, der die Automobilindustrie entscheidend entlastet. Während Bayern und Sachsen-Anhalt in einer Protokollerklärung zum Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz deutliche Forderungen wie die Abschaffung des EU-Verbrennerverbots und die Förderung aller Technologien einschließlich Wasserstoff und E-Fuels aufstellen, fehlte dieses Bekenntnis vom hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein in einer eigenen Protokollerklärung.

Die von der EU festgelegten CO<sub>2</sub>-Grenzwerte und die damit verbundenen Strafzahlungen gefährden die Automobilindustrie in einer wirtschaftlich angespannten Phase und mindern deren Investitionsfähigkeit in zukunftsweisende Technologien. Diese Entwicklungen schwächen die Innovationskraft der deutschen Automobilhersteller und gefährden Arbeitsplätze. Daher ist es jetzt von entscheidender Bedeutung, dass der Hessische Landtag sich für die Verhinderung der drohenden Strafzahlungen aufgrund der verschärften EU-Flottengrenzwerte ab 2025 sowie das EU-Verbrennerverbot ab 2035 einsetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie in Hessen zu sichern.

Wiesbaden, 30. Oktober 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Dr. Frank Grobe**